

Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Niklaus Mürner/Thomas Glauser, SVP): Kontrollen in der Reithalle durch die Gewerbepolizei? Ist der Gemeinderat bereit, politische Verantwortung zu übernehmen? Sofern der Gemeinderat das Gastwirtschaftsrecht bei der Reithalle auch in Zukunft nicht durchsetzen will, werden auch die anderen Betreibe nicht mehr kontrolliert, dies im Sinne der Gleichbehandlung im Unrecht?

Reithalle Bern: Es können gemäss Medienangaben seit fünf Jahren keine regulären Kontrollen durch die Gewerbepolizei mehr durchgeführt werden. Der Statthalter weist der Stadt Bern den Schwarzen Peter zu. Der Gemeinderat beschwichtigt und ist sich nicht einig, wie er vorgehen will. Die konstant fehlenden Kontrollen führen zu Ungleichbehandlung mit anderen Gastrobetrieben. Dies ist nicht zulässig. Andernfalls haben andere Gastrobetriebe ein Recht auf Gleichbehandlung im Unrecht, wenn die Stadt weiterhin keine Kontrollen vornehmen will/kann.

In diesem Zusammenhang stellen sich die folgenden Fragen, um deren Beantwortung der Gemeinderat höflich ersucht wird.

1. Will der Gemeinderat in Zukunft die politische Verantwortung übernehmen und die gastgewerblichen Kontrollen in der Reithalle und die Einhaltung der entsprechenden zum Schutz der Besucher erlassenen Vorschriften sicherstellen? Wenn ja, wie will er dies sicherstellen? Wenn nein, warum nicht?
2. Sieht der Gemeinderat die Einhaltung des Rechtsgleichheitsgebotes mit anderen Betrieben gewährleistet? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?
3. Sofern der Gemeinderat das Gastwirtschaftsrecht bei der Reithalle auch in Zukunft nicht durchsetzen will, werden die anderen Betriebe auch nicht mehr kontrolliert, dies im Sinne der Gleichbehandlung im Unrecht? Wenn ja, warum, wenn nein, warum nicht?
4. Welche Massnahmen sieht der Gemeinderat vor, wenn 2020 jährlich nicht mindestens zweimal unangemeldete Kontrollen frei von Drohung und Gewalt durchgeführt werden können?
5. Weshalb wurde überhaupt fünf Jahre geduldet, dass keine eigentlichen Kontrollen durchgeführt werden können? Wurde Gewalt angedroht?

Bern, 27. März 2020

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Niklaus Mürner, Thomas Glauser

Mitunterzeichnende: Ruth Altmann